

Krieg in Arabien.

7. März 1928

Wie aus Basra gemeldet wird, haben britische Flugzeuge festgestellt, daß die an der Irakgrenze und gegen Koweit operierenden wahabistischen Grenzstämme neue Waffen- und Munitionsnachschübe erhalten haben. Dies verstärkt in London immer mehr die Meinung, daß der Sultan der Wahabiten, Ibn Saud, nach der vor zwei Jahren erfolgten Eroberung des Königreichs Hedschas nunmehr den offenen Kampf um die Alleinherrschaft in dem von französischen und englischen Mandaten zerstückelten Arabien aufnehmen will. Die Erklärung des heiligen Krieges gegen die Araber in Transjordanien, dem Irak und Koweit bedeutet für englische Orientkenner nichts anderes als der Kampf Ibn Sauds um die Erweiterung seiner Macht.

Die Wahabiten müssen sich sehr stark fühlen, daß sie den englischen Tanks und den Flugzeuggeschwadern zu trotzen wagen. Ganz besonders erstaunlich ist es im ersten Augenblick, daß Ibn Saud gleichzeitig auch mit einigen tausend Wahabiten gegen den Ort Schaiabas vorrückt, der zwölf Meilen von Basra an der Grenze des Irak liegt. Emir Faisal, der König des Irak und britischer Vasall, soll den Beduinenschwärmer sofort Truppen entsandt haben. Aber der König von Hedschas besitzt eine Waffe, die den Engländern außerordentlich gefährlich werden kann: er tritt als Führer des arabischen Nationalismus, der antikononialen Bewegung und der Stärkung des Islams auf; wo seine Truppen erscheinen, brechen im Rücken der feindlichen Front arabische Aufstände aus, Unruhen der mohammedanischen Bevölkerung, die in ihm den Befreier vom britischen Imperialismus, den Kämpfer einer neuen Zeit sieht.

Die Auffassung in England.

In amtlichen englischen Kreisen wird einerseits das Gerücht dementiert, daß indische Truppen nach Koweit unterwegs seien, andererseits wird beruhigend darauf hingewiesen, daß die britischen Luftstreitkräfte im Irak über 45 Bombenflugzeuge, 12 Kamouflageflugzeuge und mehrere Panzerwagen verfügen. Der „Evening Standard“ wendet sich heute wieder,

unter dem Eindruck der arabischen Hiobsnachrichten stehend, scharf gegen die Zwecklosigkeit der arabischen Mandate Englands. „Daily Telegraph“ bemerkt: Es würde gleich töricht sein, die Gefahr gering zu schätzen, wie sie zu übertreiben. Die Stärke der britischen Truppen im Irak ist allerdings im Laufe der Zeit erheblich vermindert worden. Wenn aber die Lage bedrohlich werden sollte, würde es leicht sein, Verstärkungen aus Palästina und Ägypten heranzuziehen. „Daily Mail“ dagegen erblidt in Ibn Sauds Erklärung die Verkündigung des heiligen Krieges gegen den Irak. Dem Blatt zufolge kann der König eine Armee von 300 000 Mann aufstellen. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Basra berichtet, Ibn Saud habe seine Haltung anscheinend geändert wegen der Angriffe britischer Flugzeuggeschwader auf die Grenzgebiete. Diese Angriffe hätten große Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht, und Ibn Saud sei zweifellos der Meinung, daß die Stämme, wenn er sich gleichgültig verhielte, ihm den Gehorsam aufgeben würden.

In der gestrigen Unterhausdebatte erklärte der Kolonialminister auf eine diesbezügliche Anfrage, die Luftstreitkräfte hätten die Aufgabe, Grenzübertretungen zurückzuweisen, und er sei gewiß, daß die Angreifer schließlich lernen würden, daß sie nicht in fremdes Gebiet einfallen und Männer, Frauen und Kinder niedermekeln dürften.

Englische Strafaktion auch gegen Jemen.

„Times“ melden aus Aden vom 5. März: Im September v. J. war der Imam Yahia des Jemen gewarnt worden, daß gewisse seiner Städte mit Bomben belegt werden würden, wenn er seine Angriffe auf das Gebiet des Aden-Protektorats nicht einstelle. Trotzdem wurden kürzlich zwei Scheichs aus dem Aden-Gebiet von Jaidi-Soldaten entführt. Es wurde hierauf die Mitteilung versandt, daß Kataba nach Ablauf einer Frist von 48 Stunden, die für die Entfernung der Frauen und Kinder gewährt wurde, bombardiert werden würde. Darauf wurde der Bombenangriff durchgeführt und dann zeitweilig eingestellt, um den Jaidis Gelegenheit zu geben, die beiden Scheichs zurückzuführen.

Die englisch-ägyptische Spannung.

7. März 1928

Nach Meldungen aus Kairo hat das Komitee der liberalen Partei beschlossen, daß die in dem gegenwärtigen Kabinett vertretenen Mitglieder der Partei einem neuen Kabinett nicht mehr angehören sollen. Das Kabinett befaßte sich gestern mit der Note des britischen Oberkommissars, in der die kürzlich von der Kammer beschlossenen Veränderungen des öffentlichen Rechts abgelehnt werden. Das Kabinett beschloß, zunächst auf die Befestigung des Rücktrittsgesuchs des Königs zu warten und die Angelegenheit vorläufig zurückzustellen.

Die in Kairo umlaufenden Gerüchte, wonach der britische Oberkommissar dem ägyptischen Kabinett eine Note überreicht habe, in der die Annahme des britischen Vertragsentwurfs in ultimativer Form verlangt werden soll, wird als vollständig unbegründet bezeichnet.

Die nächsten Aufgaben in Genf.

7. März 1928

Der Genfer Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet, daß man nunmehr mit Bestimmtheit mit der Entsendung einer Kommission nach Ungarn rechnen könne, die nur aus zivilen Sachverständigen des Zoll- und Transportwesens bestehe. Nichtsdestoweniger würde diese Kommission die gleiche Bedeutung für Ungarn haben, wie eine militärische Kommission und somit das Investigationsrecht des Völkerbundes nicht nur wahrnehmen, sondern bestätigen. Was die polnisch-litauische Frage anbetrifft, so sei der Rat darüber einig, daß die direkten Verhandlungen zwischen Polen und Litauen am 30. März in Königsberg in Anwesenheit des Vertreters des Völkerbundes eröffnet werden sollen. Der holländische Minister des Äußeren Bellaerts, der Berichterstatter in dieser Angelegenheit, werde sich in seinem Bericht in diesem Sinne aussprechen.

Was die Rückkehr Spaniens in den Völkerbund betreffe, so sei es möglich, daß der Rat den Wortlaut eines Briefes an Spanien prüfen wird, in dem Spanien das Bedauern des Völkerbunds zum Ausdruck gebracht werden soll, daß sein endgültiger Austritt aus dem Völkerbund, der im September definitiv werden soll, hervorgerufen wurde. Der Austritt Spaniens würde jetzt, nachdem die Verhandlungen über das Tangierstatut glücklich zu Ende geführt wurden, unbegründet.

Ausloje Verhandlungen.

Der Genfer Korrespondent des „Echo de Paris“ ist der Ansicht, daß die Beratungen des Völkerbundsrats über die Sent-Gothard-Angelegenheit keine besonderen Ergebnisse zeitigen werden und daß die Entscheidung auf später vertagt werden wird in der Erwartung, sich dann leichter verständigen zu können. — Sauerwein berichtet im „Matin“, daß Italien über den Wert der Entsendung einer Untersuchungskommission nach Ungarn ziemlich skeptisch urteilt, weil die Tatsache der Waffensendung ja von niemanden bestritten wurde und aus den Schriftstücken niemals zu beweisen sein werde, daß die Sendung auch tatsächlich für Ungarn bestimmt war. Auf alle Fälle werde Briand dem Rat einen Vorschlag zur besseren Ausgestaltung der Befugnisse des Völkerbundssekretariats in sessionslosen Zeiten unterbreiten, den der Rat wohl kaum ablehnen werde. — Der „Avenir“ sieht in der Angelegenheit ein Kompromiß voraus.

Polnische Bestürzung über die deutschen Wahlerfolge.

7. März 1928

Die Wahl von drei deutschen Abgeordneten in Pomerellen bei den Sejmwahlen am vergangenen Sonntag hat die polnische Öffentlichkeit in größte Bestürzung versetzt. Die polnische Presse muß zugeben, daß die Deutschen in allen drei pomerellischen Wahlbezirken mehr Stimmen als im Jahre 1922 erhalten haben. Während nämlich bei den Wahlen im Jahre 1922 in ganz Pomerellen 51 945 deutsche Stimmen gezählt wurden, betrug ihre Zahl bei den Wahlen am letzten Sonntag 64 285, so daß ein Zuwachs von 12 340 Stimmen zu verzeichnen ist.

Zu dem deutschen Wahlsieg in Bromberg, wo die Deutschen zwei Mandate erhalten haben, stellen die polnischen Blätter fest, daß die Zahl der deutschen Stimmen größer ist, als die der Deutschen im Bromberger Bezirk überhaupt. „Dziennik Wdgoski“ nimmt an, daß viele Polen auf deutschen Gütern für die deutsche Liste gestimmt haben, weshalb das Blatt verlangt, daß die Enteignungsbestimmungen des polnischen Agrarreformgesetzes in erster Linie gegenüber deutschen Besitzern in Westpolen Anwendung finden.

Der Aufmarsch der Kandidaten in Amerika.

Von C. A. Bratter.

Der erste Teil der amerikanischen Präsidentschaftswahlkampagne, die sogenannte „pre-convention campaign“, ist in vollem Gange: die Politiker, Gesetzgeber und „Staatsmänner“, deren Streben danach geht, von den bevorstehenden Parteikonventionen als Präsidentschaftskandidaten „nominiert“ zu werden, melden ihre Bewerbung um die Nominierung bei den zuständigen Behörden der einzelnen Staaten an. Auf republikanischer Seite haben sich bisher der Handelsminister Herbert Hoover, Senator Curtis (Kansas), Senator Watson (Indiana), der frühere Gouverneur Lowden (Illinois) und Senator Willis (Ohio) gemeldet.

Zwischen Hoover und Willis ist nun im Staate Ohio ein heftiger Kampf entbrannt — genauer: Willis und seine Drahtzieher protestieren heftig dagegen, daß Hoover seine Bewerbung auch im Staate Ohio angemeldet hat, den Willis ganz und gar für sich in Anspruch nimmt. Jeder Staat entsendet zu den Parteikonventionen eine verfassungsmäßig festgesetzte Zahl von Delegaten, und die Delegation des Staates Ohio ist ziffernmäßig nach New York und Pennsylvania die stärkste. Es ist daher dem Senator Willis nicht gleichgültig, ob die Möglichkeit besteht, daß Hoover ihm die Delegation des Staates Ohio vor der Nase wegschnappt, denn Hoover hat bisher unter allen Bewerbern um die republikanische Nominierung anscheinend die besten Aussichten; wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Maschinenpolitiker, die schließlich in den Hinterzimmern der Konvention den Ausschlag geben, der Mehrzahl nach gegen ihn sind — manche offen, manche insgeheim. Zu Hoovers offenen Gegnern gehört die republikanische „Maschine“ des Staates Ohio, die eben den Senator Willis, einen Reaktionsär und Maschinenpolitiker nach dem Herzen Coolidges, als den „favorite“ des Staates auf den Schild gehoben hat.

Das am 3. d. M. veröffentlichte Programm, mit dem Senator Willis in den Wahlkampf tritt, spiegelt

keine reaktionäre, den Interessen des „big business“ zugewendete Einstellung mit aller Deutlichkeit wider. Er bezeichnet sich als einen entschiedenen Gegner des Völkerbundes, als einen Befürworter der konservativsten Schutzpolitik nach dem System Mr. Kinleys, und strengster Beschränkung der Einwanderung, als einen Gegner einer jeden Kürzung der europäischen Schulden an Amerika und — mit starker Betonung — als einen keinem Kompromiß zugänglichen Anhänger des Alkoholverbots, der Prohibition (für die übrigens auch Hoover eintritt), deren rückwärtslose Durchführung er fordert.

Auf demokratischer Seite treten dem Gouverneur Alfred E. Smith bis jetzt Senator James Reed (Missouri) und Senator Walsh (Montana) entgegen. Senator James Reed (nicht zu verwechseln mit dem republikanischen Senator David Reed aus Pennsylvania) hatte sich 1920 bei der demokratischen Parteileitung durch eine scharfe Opposition gegen die Völkerbundspolitik seines Parteichefs, des Präsidenten Wilson, unmöglich gemacht. Jetzt wird seine Bewerbung um die Präsidentschaftsnominierung von den Demokraten seines Heimatstaates Missouri lebhaft unterstützt. Durch diese Bewerbung dieser beiden wird die Gefahr heraufbeschworen, daß die demokratische Nationalkonvention, genau wie im Jahre 1924, wieder über die Prohibitionsfrage zerplittert. Walsh ist absolut „troden“ und wird von William G. McAdoo, dem schärfsten Gegner des Gouverneurs Smith, energisch unterstützt; außerdem ist er wie Smith Katholik, so daß bei einem eventuellen Kampf Smith-Walsh die religiöse Frage vollkommen ausgeschaltet ist und der Streit über die Prohibition mit seiner ganzen Heftigkeit und unbeeinflusst von religiösen Erwägungen ausgefochten werden würde. Er ist den evangelischen Südstaaten infolge seiner „Trodenheit“ immerhin ein annehmbare Kandidat als Smith, der „feucht“ und gleichfalls Katholik ist. Seine Kandidatur bedeutet daher ein ernsthaftes Hindernis für die Nominierung Smiths.

Frankreich besteht auf den Daweszahlungen.

Paris, 7. März. Im französischen Senat erklärte der Berichterstatter, daß der Etat für 1927 ohne nennenswerten Ueberschuß abschließe. Dasselbe Bild werde auch der Etat für 1928 bringen. Auf jeden Fall müsse Frankreich seine Rechte aus dem Dawesplan auf äußerster Verteidigung, denn Frankreich müsse an seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten denken, und ebenso an die Verträge auf Reparationskonto, die Frankreich zu Lasten der eigenen Steuerzahler während Deutschlands Währungsverfall gemacht hätte.

Rumänischer Protest in Budapest.

Budapest, 7. März. Die rumänische Regierung hat in Budapest eine Protestnote überreichen lassen. In dem Schreiben wird Einspruch erhoben gegen die Beschlagnahme eines Solowagens, in dem der rumänische Landwirtschaftsminister sich auf der Reise nach Wien befand. Der Wagen wurde in Budapest mit der Begründung zurückgehalten, daß festgestellt werden solle, ob er nicht seinerzeit von der rumänischen Armee requiriert worden sei.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. März 1928.

Die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Darauf nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zu einer Reihe von Einzelfragen Stellung, die in der Debatte aufgeworfen worden sind und bespricht die Handelspolitik.

Abg. Hagemann (Soz.) fordert Erleichterungen für die Bergarbeiter im Saargebiet. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen müsse eine Schädigung der deutschen Kohlenindustrie vermieden werden. — Abg. Esser (Ztr.) wendet sich gegen die Wirtschaftspartei und erklärt, auch im neuen Reichstag würden Handwerk und Kleinhandel nur etwas erreichen, wenn sie sich auf die großen politischen Parteien stützen. — Abg. Beythien (D. Sp.) hält die Vorwürfe des Vertreters der Wirtschaftspartei gegen den Reichswirtschaftsminister für unberechtigt. — Abg. Bartschat (Dem.) fordert, daß der Geist der Verdingungsordnung in den unteren Instanzen besser durchgeführt werde. An die Beamtenschaft richtet er den Appell, mit dem direkten Warenbezug endlich aufzuhören. — Abg. Dr. Reichert (Zent.) kritisiert das Vorgehen des Ministers gegen die Eisenindustrie, für das durchaus kein Anlaß vorgelegen habe. — Abg. Frau Lüders (Dem.) fordert Maßnahmen für die Durchführung systematischer einheitlicher Bearbeitung und Förderung der Ausgaben der Hauswirtschaft.

Darauf wird die Beratung des Wirtschaftsetats abgebrochen.

Das Haus geht über zur ersten Beratung des Gesetzentwurfs über

Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die Vorlage ist ein Teil des Rotprogramms und bringt eine Erhöhung der Leistungen.

Abg. Karsten (Soz.) bezeichnet die Vorlage als unbefriedigend und erklärt, seine Partei könne sich an die 100 Millionen, die das Rotprogramm für soziale Zwecke vorsieht, nicht gebunden erachten. — Abg. Frau Trendelenburg (Komm.) tritt gleichfalls für Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner ein.

Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 14 Uhr: Etat des Wirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums.

Nach weigert...
Arbeits...
Jah...
zurückge...
Die...
hiers ab...
englisch...
großes...
Der...
wird an...
Zagun...
erwa...
Die...
tion...
schwer...
Die...
lichun...
umfang...
eine ein...
Bo...
Gelehr...
britisch...
Ra...
Mexi...
Katho...
de...
Ge...
spredun...
redung...
loja un...
zwei S...
General...
sekretär...
gebnis...
worden...
Die...
gegen...
gatio...
heutigen...
Lomit...
minister...
partei...
bunds...
schlag...
vestigat...
nimmt...
bunds...
miji...
schenfall...
Ne...
len r...
erzielt...
und zu...
noch ni...
mittag...
auf der...
zug 46...
Berion...
waren...
itäts...
Landw...
Betrieb...
Einfah...
Wie...
D...
28. So...
We...
dann i...
gründe...
Blüten...
mehr...
nicht...
bis je...
den el...
seines...
Augen...
den M...
nach...
gefahrt...
wie G...
find m...
in den...
verwir...
Und...
auch...
zuehen...
Baron...
he war...
heim...
Frau...
Er...
behaft...
die ih...
raubte...
auf...
sch...
hellen

